

## Die Herrschaft der Toten

Michael Martens Frankfurter Allgemeine Zeitung  
April 23, 2009

Ankara will Historiker mit der Untersuchung des Massenmords an Armeniern beauftragen.

Es ist längst Mode, dass nationale Parlamente Resolutionen zu historischen Ereignissen verabschieden. Timothy Garton Ash hat die Fragwürdigkeit dieser von gewählten Laienversammlungen immer häufiger beanspruchten Definitionshoheit über die Lesart der Geschichte anhand der wachsenden Zahl von Resolutionen zu dem Massenmord an den Armeniern auf den Punkt gebracht: „In der Schweiz wird man für die Behauptung verfolgt, die schlimmen Dinge, die den Armeniern in den letzten Jahren des osmanischen Imperiums widerfahren sind, seien kein Genozid. In der Türkei wird man verfolgt, wenn man sagt, dass es einer war. Der staatlich ordinierten Wahrheit in den Alpen entspricht staatlich ordinierte Unwahrheit in Anatolien“, schrieb der britische Publizist im vergangenen Jahr in einem Artikel über das Unwesen der "Erinnerungspolizei", welche die Freiheit der historischen Debatte zu unterbinden drohe.

Ähnliche Argumente führte auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan an, als er im Jahr 2004 sagte, mit Beschuldigungen des Völkermords sollten sich Historiker beschäftigen, nicht Parlamente. Im April 2005 unterbreitete Erdogan dem damaligen armenischen Präsidenten Kotscharjan den Vorschlag, beide Staaten sollten eine Kommission von Historikern ins Leben rufen, um gemeinsam die Geschehnisse von 1915 zu untersuchen. In dem auch von Teilen der türkischen Opposition unterstützten Vorschlag hieß es, die Kommission aus von der Türkei und von Armenien berufenen Historikern solle uneingeschränkter Zugang zu den Archiven der beiden Staaten sowie zu relevanten Urkundensammlungen dritter Stellen erhalten und ihre Schlussfolgerungen dann der Weltöffentlichkeit präsentieren.

Es ist kein Zufall, dass der Vorstoß ausgerechnet im April unternommen wurde, denn in diesem Monat steigt die Betriebstemperatur der armenisch-türkischen Genozid-Debatte traditionell an: Der 24. April 1915 gilt als Beginn der gegen die Armenier gerichteten Gewaltpolitik des Osmanischen Reiches, als deren Folge Hunderttausende den Tod fanden. Armeniens damaliger Präsident beantwortete den türkischen Vorstoß am 25. April 2005 ablehnend. Eine solche Kommission, so Kotscharjan, könne nur tätig werden, wenn sich die Beziehungen beider Länder normalisiert hätten, was aus Sicht Eriwans bedeutet: wenn Ankara den Genozid von 1915 anerkennt und seine 1993 geschlossenen Grenzen zu Armenien wieder geöffnet hat.

Doch die Idee einer Kommission ist seither in der Welt, und seit in Armenien der neue Präsident Sarkisjan die Macht übernommen hat, scheint sie auch wieder mehr Chancen auf eine Verwirklichung zu haben. Sarkisjan fordert zwar wie sein Vorgänger eine Normalisierung der Beziehungen und eine Grenzöffnung, scheint aber zu

akzeptieren, dass parallel dazu eine Kommission eingerichtet wird. Die Befürworter der Idee einer historischen Kommission führen unter anderem an, dass es der schrecklichen Vergangenheit nicht länger gelingen dürfe, die Gegenwart beider Völker zu vergiften, dass gleichsam die Herrschaft der Toten über die Lebenden gebrochen werden müsse. Immerhin bedeutet das für die heute lebenden Generationen beider Völker einiges: für die Armenier eine Lockerung ihrer regionalen Isolation, für die Türken unter anderem eine wirtschaftliche Belebung ihrer nordöstlichen Grenzprovinzen. Doch es gibt auch skeptische Stimmen zu dem Vorhaben. Einige finden sich in einer jüngst erschienenen Studie der „International Crisis Group“, einem angesehenen politikwissenschaftlichen Forschungsinstitut. Darin wird sinngemäß hervorgehoben, dass auf die osmanische Geschichte spezialisierte Historiker es schwer haben dürften, sich auf eine gemeinsame Wahrheit zu einigen, da viele von ihnen ihren intellektuellen Lebensunterhalt just damit bestreiten, einander widersprechende Meinungen zu pflegen. Eine Kommission zur Untersuchung der historischen Fakten sei zudem Manipulationsversuchen durch die Politik ausgesetzt, wird kritisch angemerkt. Stattdessen warten die Autoren der Studie mit dem Vorschlag auf, beide Staaten sollten unabhängige Forschungen zu dem Thema stärker fördern. Die dazu nötigen Mittel könnten Ankara und Eriwan gewinnen, indem sie den kostspieligen Medien- und Lobbykrieg einstellen, den sie einander seit vielen Jahren liefern. Jenseits der staatlichen Strukturen werden die Festungen der alten Tabus ohnehin längst geschleift, besonders in der Türkei, wo sich mehrere tausend Personen der Kampagne einer Entschuldigung bei den Armeniern angeschlossen haben. Seit Jahren treffen sich Forscher beider Seiten und diskutieren miteinander.

Eine andere dieser Tage erschienene Studie zur Armenien-Diskussion, veröffentlicht von der „Europäischen Stabilitätsinitiative“, hat die wichtigsten Etappen dieser Öffnung in der Türkei nachgezeichnet, etwa die Veröffentlichung von zeitgenössischen (türkischen) Dokumenten, die nachweisen, dass die Anzahl der Armenier im Osmanischen Reich von 1 256 000 vor dem Jahr 1915 auf 284 000 zwei Jahre danach fiel. Der blutige Fehlbetrag von fast einer Million beschäftigt beide Staaten bis heute. Ein wichtiges Datum der türkischen Auseinandersetzung damit ist der 9. Oktober 2000, als der Istanbul-er Historiker Halil Berktaş in einem Zeitungsinterview von „Todeschwadronen“ und aus Kriminellen zusammengestellten Freischärlereinheiten sprach, die den Armeniern auf den Hals gehetzt worden seien. Das waren bis dahin unerhörte Worte, denen auch Taten folgten: Berktaş gehörte im Jahr 2005 auch zu den Organisatoren einer wissenschaftlichen Konferenz über das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich, die nach vielen Wider-

ständen in Istanbul abgehalten wurde. Ein liberaler Zeitungskommentator fasste den Tabubruch in einem Bericht über die Veranstaltung in ironisches Staunen: „Das Wort ‚Genozid‘ wurde auf der Konferenz ausgesprochen, und dennoch dreht sich die Welt noch immer und die Türkei ist weiter an ihrem Platz.“

Doch neben den Meilen- befinden sich weiterhin auch Stolpersteine auf dem rückwärtsgewandten Weg zu einer türkisch-armenischen Annäherung. Einer besteht in der in der Türkei immer wieder zu hörenden Befürchtung, ein

Eingeständnis, 1915 habe tatsächlich ein Völkermord („soykirim“) an den Armeniern stattgefunden, werde auch territorialen Forderungen Armeniens den Weg ebnen. Obwohl das schon angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse nicht einmal halbwegs realistisch ist, trägt Eriwan zu dieser Verunsicherung doch bisweilen bei. Es kommt vor, dass nationalistische Parlamentsabgeordnete mit solchen Gedanken kokettieren und damit den nationalistischen Gegnern einer Annäherung in der Türkei frische Munition liefern.